



future

wissenschaft & politik

Jahres- bericht 2019

Inhalt

1 – Ziele des Netzwerks FUTURE	2
2 – Funktionsweise des Netzwerks FUTURE	3
3 – Politikerteam FUTURE	4
4 – Qualitative Bilanz: Ein Jahr im Zeichen der Vorarbeiten für das neue Jahrzehnt	7
5 – Quantitative Bilanz: die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen	16



Ziele des Netzwerks FUTURE

Seit seiner Gründung im Jahr 2001 pflegt das Netzwerk FUTURE den beständigen Dialog zwischen den Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung und den Akteuren der Bundespolitik (Bundesrat, Bundesverwaltung, Parlament und andere politische Organe aus Bildung und Forschung).

Das Hauptziel des Netzwerks FUTURE besteht in der Schaffung und Bewahrung der bestmöglichen Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz. Infolgedessen setzt sich das Netzwerk FUTURE mit seinen Aktivitäten für eine stabile und nachhaltige Investitionspolitik im BFI-Bereich sowie für gesetzliche Grundlagen, welche den Bedürfnissen des Wissensplatzes Rechnung tragen, ein.

Funktionsweise des Netzwerks FUTURE

TRÄGER

Akademien der
Wissenschaften
Schweiz

ETH-Rat

Innosuisse

Schweizerischer
Nationalfonds

swissuniversities

HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSINSTITUTIONEN



future
wissenschaft & politik



POLITIKERTEAM

1	<u>BDP</u>
4	<u>CVP</u>
5	<u>FDP</u>
2	<u>GLP</u>
4	<u>Grüne</u>
7	<u>SP</u>
1	<u>SVP</u>

PARLAMENT



Das Netzwerk FUTURE befindet sich an der Schnittstelle zwischen der Politik und dem Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich).

- Das Netzwerk FUTURE wird von Organisationen getragen, welche die Schweizer Hochschulen, Forschung und Innovation vertreten. Es sind dies die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen (swissuniversities), der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat), der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF), die Akademien der Wissenschaften Schweiz und die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse. Zusammen bilden diese Trägerorganisationen den Ausschuss des Netzwerks, in welchem sie gemeinsame Positionen festlegen.
- Im Weiteren besteht das Netzwerk FUTURE aus einem Politikerteam, dem Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus dem gesamten Parteien-Spektrum und aus allen Regionen der Schweiz angehören. Diese National- und Ständeratsmitglieder engagieren sich insbesondere in den parlamentarischen Kommissionen, die für den BFI-Bereich relevant sind. Im Bundesparlament geben die Mitglieder des Politikerteams FUTURE Anregungen für politische Aktionen im BFI-Bereich.
- Die Koordinatorin des Netzwerks FUTURE, Petra Studer, gewährleistet den Austausch an der Schnittstelle zwischen Ausschuss und Politikerteam. Dabei wird sie von der Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE unterstützt, welche von der Agentur VIRTÜ Public Affairs AG geführt wird.

Politikerteam FUTURE

Das Politikerteam FUTURE wird seit Juni 2015 von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE) präsidiert und setzt sich zu Beginn der neuen Legislatur per 31. Dezember 2019 aus den folgenden 24 Parlamentarierinnen und Parlamentariern zusammen:

Vorstand des Politikerteams

Wasserfallen Christian, NR, FDP

Kälin Irène, NR, Grüne

Noser Ruedi, SR, FDP

Nationalrat

Aebischer Matthias, SP

Amaudruz Céline, SVP

Bendahan Samuel, SP

Bulliard-Marbach Christine, CVP

Chevalley Isabelle, GLP

Eymann Christoph, FDP

Feller Olivier, FDP

Glättli Balthasar, Grüne

Hess Lorenz, BDP

Kutter Philipp, CVP

Markwalder Christa, FDP

Moser Tiana Angelina, GLP

Munz Martina, SP

Piller Carrard Valérie, SP

Reynard Mathias, SP

Rytz Regula, Grüne

Schneider-Schneiter Elisabeth, CVP

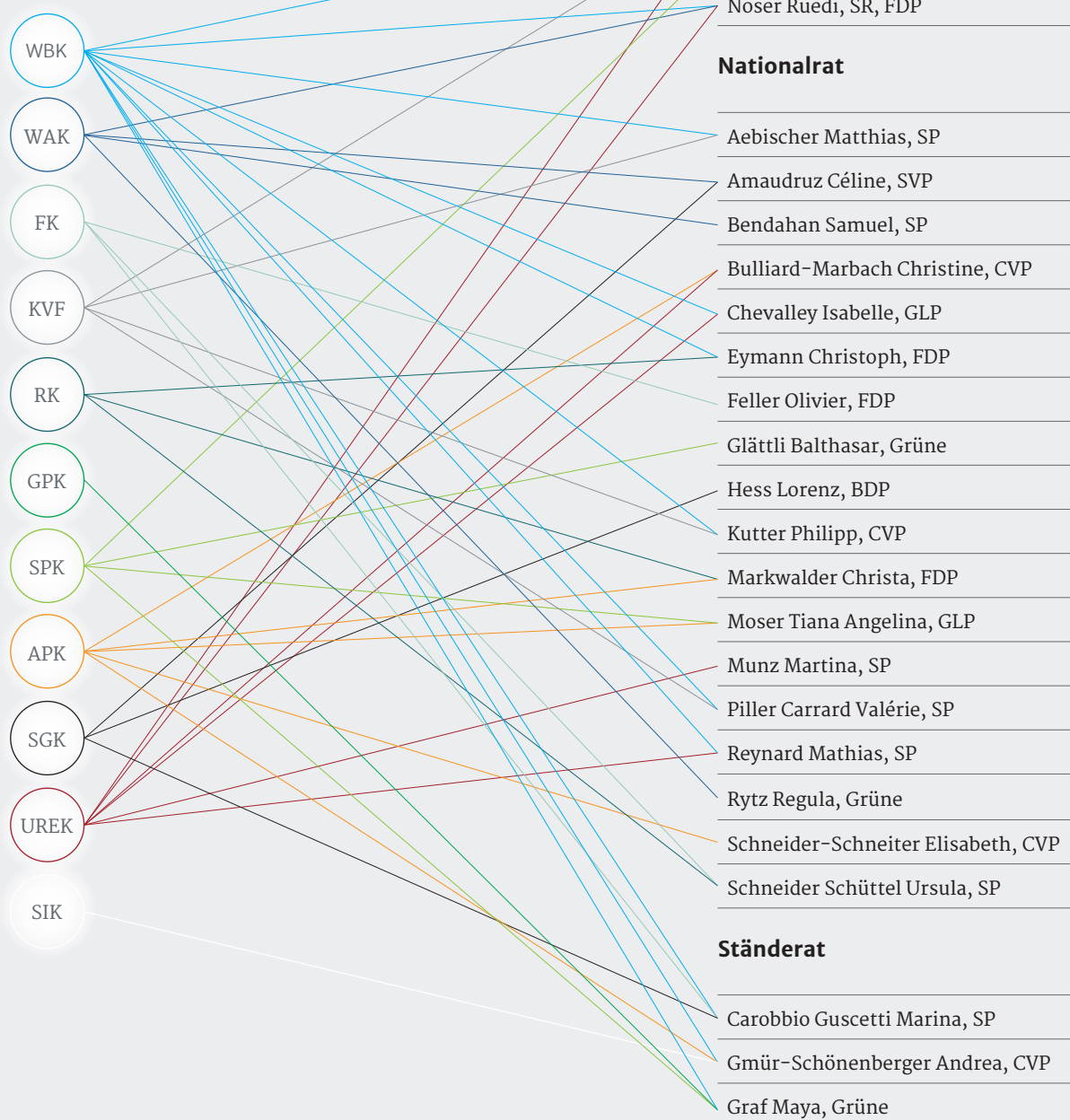
Schneider Schüttel Ursula, SP

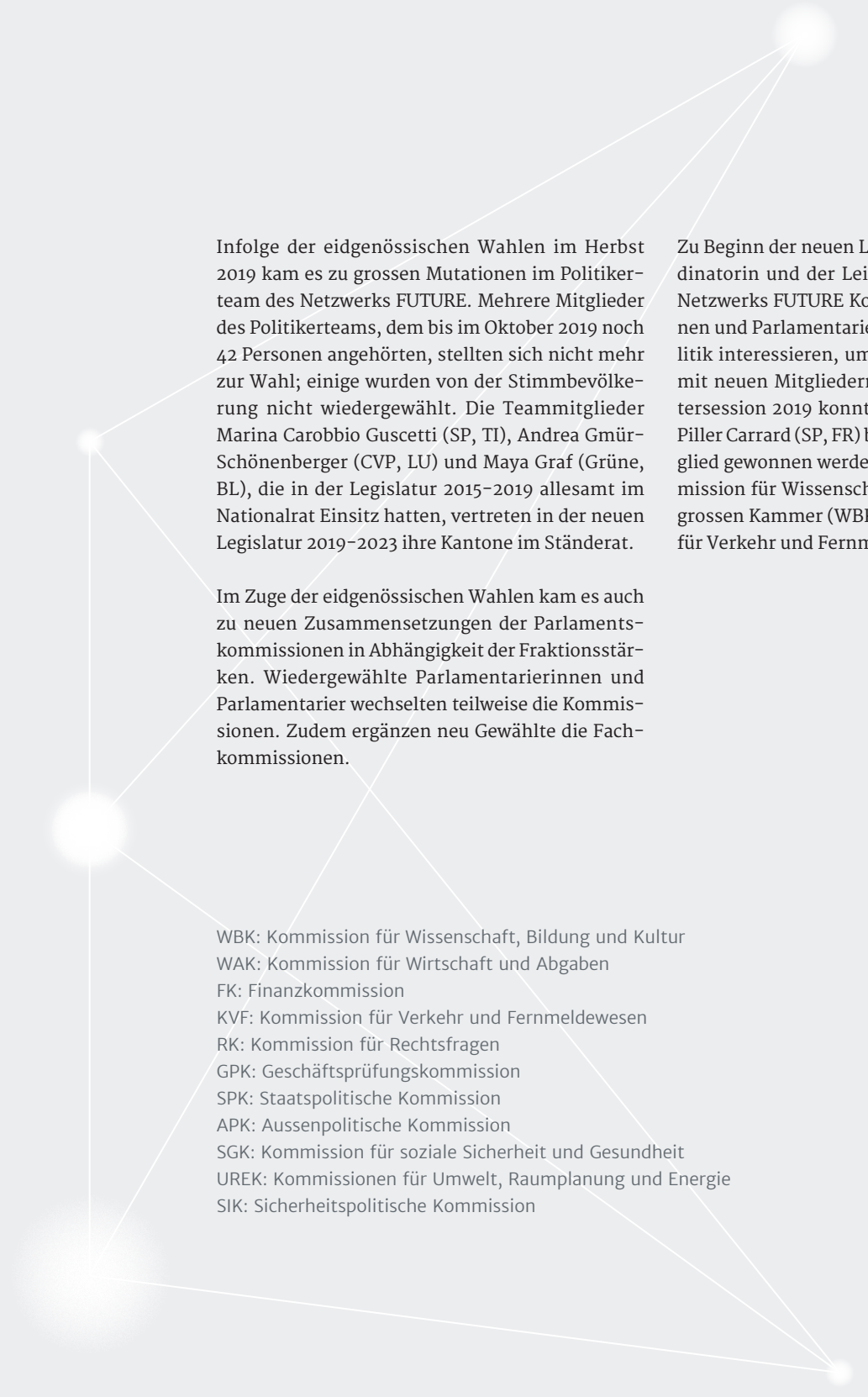
Ständerat

Carobbio Guscetti Marina, SP

Gmür-Schönenberger Andrea, CVP

Graf Maya, Grüne





Infolge der eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 kam es zu grossen Mutationen im Politiker-
team des Netzwerks FUTURE. Mehrere Mitglieder
des Politikerteams, dem bis im Oktober 2019 noch
42 Personen angehörten, stellten sich nicht mehr
zur Wahl; einige wurden von der Stimmbevölke-
rung nicht wiedergewählt. Die Teammitglieder
Marina Carobbio Guscetti (SP, TI), Andrea Gmür-
Schönenberger (CVP, LU) und Maya Graf (Grüne,
BL), die in der Legislatur 2015–2019 allesamt im
Nationalrat Einsitz hatten, vertraten in der neuen
Legislatur 2019–2023 ihre Kantone im Ständerat.

Im Zuge der eidgenössischen Wahlen kam es auch
zu neuen Zusammensetzungen der Parlaments-
kommissionen in Abhängigkeit der Fraktionsstär-
ken. Wiedergewählte Parlamentarierinnen und
Parlamentarier wechselten teilweise die Kommis-
sionen. Zudem ergänzen neu Gewählte die Fach-
kommissionen.

Zu Beginn der neuen Legislatur nehmen die Koor-
dinatorin und der Leiter der Geschäftsstelle des
Netzwerks FUTURE Kontakt zu Parlamentarierin-
nen und Parlamentariern auf, die sich für BFI-Po-
litik interessieren, um das Politikerteam optimal
mit neuen Mitgliedern zu ergänzen. In der Win-
tersession 2019 konnte mit Nationalrätin Valérie
Piller Carrard (SP, FR) bereits ein erstes neues Mit-
glied gewonnen werden. Sie ist Mitglied der Kom-
mission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der
grossen Kammer (WBK-N) sowie der Kommission
für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N).

WBK: Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

WAK: Kommission für Wirtschaft und Abgaben

FK: Finanzkommission

KVF: Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

RK: Kommission für Rechtsfragen

GPK: Geschäftsprüfungskommission

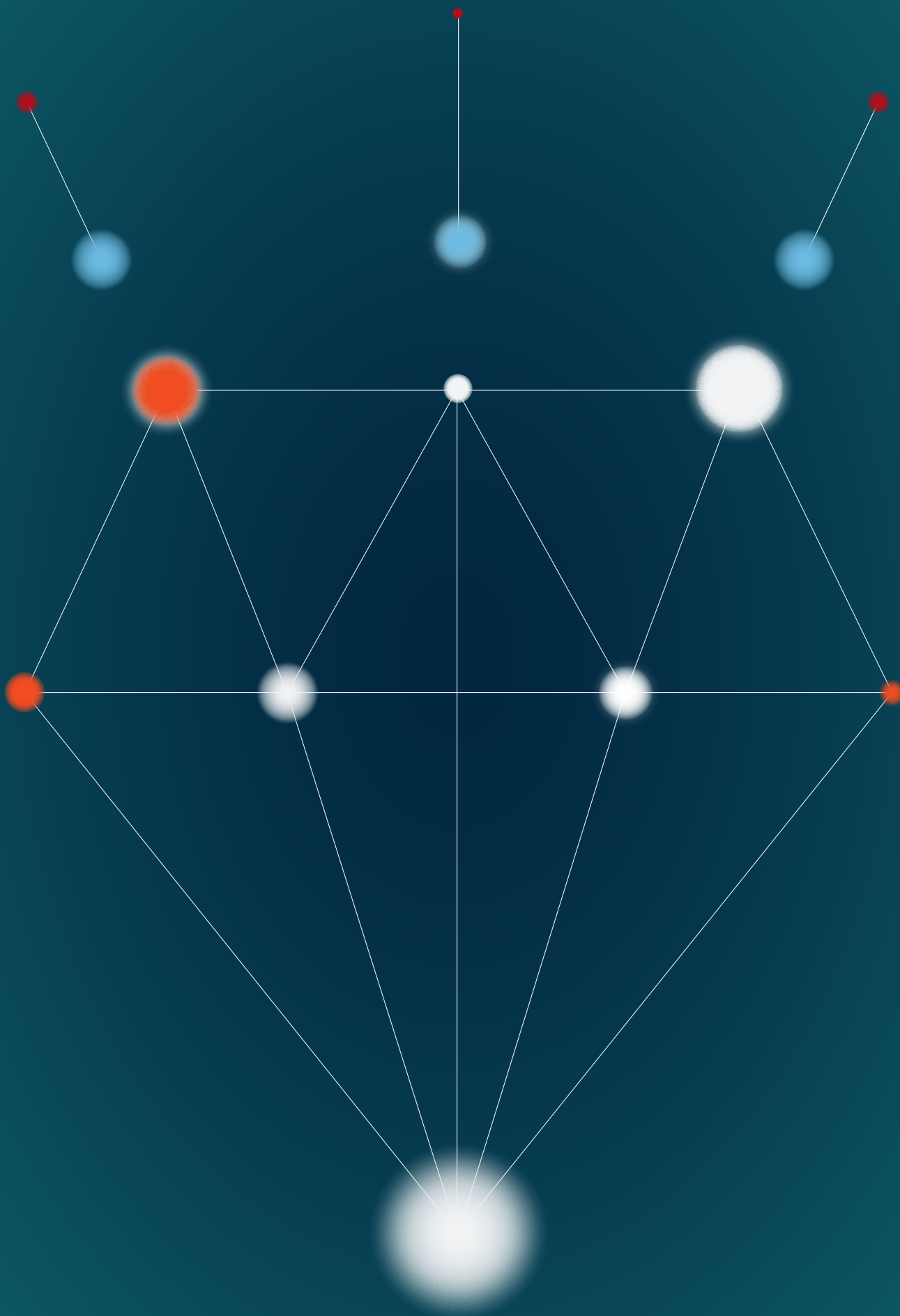
SPK: Staatspolitische Kommission

APK: Aussenpolitische Kommission

SGK: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

UREK: Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie

SIK: Sicherheitspolitische Kommission



Qualitative Bilanz: Ein Jahr im Zeichen der Vorarbeiten für das neue Jahrzehnt

Im Jahr 2019 beschäftigte sich das Netzwerk FUTURE mit diversen Themen und parlamentarischen Geschäften. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Vorarbeiten für die kommende nationale BFI-Förderperiode in den Jahren 2021–2024 sowie für die gewünschte weitere Beteiligung der Schweiz am 9. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union «Horizon Europe» in den Jahren 2021–2027.

Im Folgenden werden die zentralen Themenbereiche und Aktivitäten des Netzwerks FUTURE aus dem vergangenen Jahr zusammengefasst.

4.1

Vorbereitungen für die BFI-Botschaft 2021–2024

Der Bundesrat beantragt dem Parlament im Jahr 2020 mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2021–2024 die Finanzierung für den BFI-Bereich durch den Bund. Im Hinblick auf diese wegweisende Botschaft reichten die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE im Winter 2018/2019 ihre Mehrjahresplanungen für die Periode 2021–2024 beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ein.



Gemeinsames Positionspapier

Im Rahmen des Netzwerks FUTURE tauschten sich die Trägerorganisationen frühzeitig über ihre inhaltlichen Schwerpunkte für die nächste Vierjahresperiode aus. Die Schweizer Hochschulen und Organisation der Forschungs- und Innovationsförderung haben ihre gemeinsamen Schwerpunkte in einem Positionspapier zur BFI-Botschaft 2021–2024 festgehalten. Dieses Positionspapier ist das Ergebnis mehrerer Diskussionsrunden, die zwischen Mai 2018 und März 2019 stattfanden. Die festgehaltenen Prioritäten werden von allen unterzeichnenden Partnern geteilt und unterstützt. Die Schweizer Hochschulen und Organisation der Forschungs- und Innovationsförderung definierten die folgenden vier gemeinsamen Schwerpunkte:

- Sie schaffen Wissen und Grundlagen zur Bewältigung des digitalen Wandels.
- Sie bilden Fachkräfte aus, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt sind, und schaffen durch Forschung das notwendige Wissen, um die Innovationsfähigkeit unseres Landes zu stärken.
- Sie tragen mit der Ausbildung von Personal in Medizin und Pflege sowie dem Ausbau von personalisierter Medizin und Medizintechnologien zur Entwicklung des zukünftigen Gesundheitswesens bei.
- Sie unterstützen mit wissenschaftlicher Expertise die Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.

Das Positionspapier wurde Ende Juni 2019 dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) sowie der Staatssekretärin des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) überreicht und mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern des Politikerteams FUTURE geteilt.



Runder BFI-Tisch mit den Akteuren der Berufsbildung, Weiterbildung, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Kantonen

Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE tauschten sich zwischen Dezember 2018 und August 2019 im Rahmen eines Runden BFI-Tischs mit den Vertreterinnen und Vertretern der Berufsbildung und der Weiterbildung über ihre Schwerpunkte für die Periode 2021–2024 aus. An diesen Diskussionen beteiligten sich Exponentinnen und Exponenten verschiedener Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kantonaler Institutionen. In vier Sitzungen analysierten sie die Herausforderungen für den BFI-Bereich und diskutierten gemeinsame thematische Prioritäten im Hinblick auf die BFI-Botschaft 2021–2024. Dabei kam insbesondere zum Ausdruck, dass die digitale Transformation für die Berufsbildung, die Weiterbildung, die Hochschulbildung ebenso wie in Forschung und Innovation eine zentrale Herausforderung darstellt. Die Akteure wollen ihren Beitrag leisten, damit die Wirtschaft und die Gesellschaft diese möglichst gut meistern kann. Die Teilnehmenden des Runden BFI-Tischs begrüßten, dass auch der Bundesrat dem digitalen Wandel in der BFI-Botschaft 2021–2024 einen hohen Stellenwert einräumt. Im Weiteren sind sie erfreut, dass die Regierung den BFI-Bereich weiterhin prioritär fördern will.



Vorstösse aus dem Parlament

Im erweiterten Kontext der BFI-Botschaft 2021–2024 behandelte das Parlament im Jahr 2019 verschiedene Vorstösse. Das Netzwerk FUTURE beobachtete deren Beratung in den eidgenössischen Räten.

- Dazu zählen zwei Motionen der WBK-N, welche den Bundesrat mit der Einrichtung zweier Digitalisierungs-Impulsprogramme in der Bildung und in der Forschung beauftragen sollten. Diese sollten unabhängig von der BFI-Botschaft 2021–2024 erfolgen. Die Kommissionsmotionen standen im Einklang mit den strategischen Planungen sowohl der Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung als auch der Akteure der Berufsbildung und der Weiterbildung. Auch der Bundesrat teilte grundsätzlich die Anliegen. Er beantragte jedoch die Ablehnung der Vorstösse, da sich die BFI-Botschaft 2021–2024 bereits schwerpunktmässig mit den Herausforderungen des digitalen Wandels befasst. Nachdem der Nationalrat in der Sommersession den beiden Kommissionsmotionen zugestimmt hatte, lehnte der Ständerat die Vorstösse in der Herbstsession ab.
- Die Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) beantragte mit einer Motion, im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 eine zusätzliche Wirkungsmessung im BFI-Bereich einzuführen. Damit sollte die Wirkung der eingesetzten finanziellen Mittel und der umgesetzten Massnahmen gemessen werden. Der Bundesrat lehnte die Kommissionsmotion ab, da bereits heute im BFI-Bereich zahlreiche Wirkungsmessungen erfolgen. Nachdem der Nationalrat dem Vorstoss in der Herbstsession zugestimmt hatte, lehnte die kleine Kammer das Begehren in der Wintersession ab.

- In der Wintersession stimmte die kleine Kammer einem Postulat von Ständerat Hannes Germann zu, mit dem der Bundesrat beauftragt wurde, die Unterstützung der Digitalisierung von naturwissenschaftlichen Sammlungen im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 zu prüfen. Durch die Digitalisierung von Sammlungen von Universitäten und Museen sollen rund 61 Millionen Objekte wie Tiere, Pflanzen und Bodenproben für die Forschung gesichert werden. Der Vorstoss sieht für diesen Zweck einen Betrag von 14 Millionen Franken vor.

4.2

Positionierung der BFI-Akteure in europapolitischen Debatten

Das Jahr 2019 war von intensiven Debatten über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union geprägt. Einerseits führte der Bundesrat zum Jahresanfang eine Konsultation zu einem institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU durch, mit dem die bilateralen Beziehungen längerfristig auf ein solides Fundament gestellt werden sollen. Andererseits behandelte das Parlament im zweiten Halbjahr 2019 die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative). Dieses Volksbegehren fordert die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und stellt damit die Abkommen zwischen der Schweiz und der EU im Rahmen der «Bilateralen I» grundlegend in Frage.

Für die Akteure des BFI-Bereichs ist die Beteiligung an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union eine zentrale Rahmenbedingung. Es ist essenziell, dass sich die Schweiz ab 2021 am 9. Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe und am Erasmus-Programm beteiligen kann. Darüber hinaus ist die Personenfreizügigkeit für die Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal für die Schweizer Hochschulen von zentraler Bedeutung. Aus diesem Grund verfolgt das Netzwerk FUTURE die europapolitischen Debatten aufmerksam.



Institutionelles Rahmenabkommen

Die Beteiligung an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU ist zwar nicht direkt Gegenstand eines institutionellen Rahmenabkommens. Da die Verhandlungen über die Schweizer Beteiligung an Horizon Europe und Erasmus im Gesamtkontext der bilateralen Beziehungen zu betrachten sind, verfolgte das Netzwerk FUTURE die politischen Diskussionen im Rahmen der Konsultation zum institutionellen Rahmenabkommen gleichwohl. Das Netzwerk FUTURE informierte die Akteure aus dem BFI-Bereich über die umstrittenen Aspekte dieses Abkommens sowie über die politischen Entwicklungen in diesem Kontext. Es trug zur Koordination der Positionierungen der einzelnen Akteure aus dem BFI-Bereich bei und setzte sich dafür ein, dass die Argumente der Wissenschaft in die öffentliche Debatte einfließen. Online sowie in den Newslettern zur Frühjahrs- und Sommersession erschienen Meinungsbeiträge von Nationalrat Christian Wasserfallen und Nationalrätin Isabelle Chevalley. Darin unterstrichen die beiden Mitglieder des Politikerteams die Bedeutung der europäischen Forschungsprogramme für den Wissenschaftsplatz Schweiz.



Begrenzungsinitiative

Eine Annahme der Begrenzungsinitiative würde das Ende des Abkommens über die Personenfreizügigkeit und in der Konsequenz auch des im Paket der Bilateralen I verknüpften Forschungsabkommens bedeuten. Eine derartige Verschlechterung der Rahmenbedingungen hätte gravierende Folgen für den BFI-Standort Schweiz. Das Netzwerk FUTURE pflegte einen konstanten Austausch über die Risiken dieser Initiative und informierte die Trägerorganisationen über die Etappen der politischen Beratung in den Kommissionen und Plenen der beiden Parlamentskammern. Verschiedene Organisationen aus dem BFI-Bereich kommunizierten im Laufe des Jahres 2019 ihre ablehnende Haltung gegenüber der Initiative. Das Netzwerk FUTURE informierte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in mehreren Newsmails sowie im Print-Newsletter für die Herbstsession über die Argumente und Positionierung der Hochschulen und Organisationen von Forschung und Innovation. Es teilte diese Argumente darüber hinaus mit verbündeten Akteuren, darunter die Träger der Kampagne gegen die Begrenzungsinitiative.

Der Nationalrat lehnte die Begrenzungsinitiative in der Herbstsession mit 123 zu 63 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Der Ständerat sprach sich mit 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen das Volksbegehren aus. Volk und Stände stimmen im Jahr 2020 über die Begrenzungsinitiative ab.

4.3

Voranschlag 2020

National- und Ständerat stockten im Rahmen des Bundesbudgets für das Jahr 2020 die finanziellen Mittel für den BFI-Bereich insgesamt um 101,1 Millionen Franken auf. Mit diesem Entscheid wirkte das Parlament einen Kompromiss zwischen der Finanzplanung des Bundesrates und den Bundesbeschlüssen des Parlaments im Rahmen der BFI-Botschaft 2017–2020. Zuvor hatte der Bundesrat im Voranschlag 2020 rund 127 Millionen Franken weniger eingeplant als das Parlament ursprünglich gesprochen hatte. Er begründete diese Querschnittskürzungen im Umfang von rund 3%, die bereits für die beiden Vorjahre 2018 und 2019 erfolgten, mit einer Teuerungskorrektur.



Differenzen zur BFI-Botschaft 2017–2020 aufgezeigt

Auf Anfrage von Mitgliedern des Politikerteams informierte das Netzwerk FUTURE die interessierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Diskrepanz zwischen dem Voranschlag 2020 und den entsprechenden Bundesbeschlüssen der BFI-Botschaft 2017–2020. Die Differenzen zwischen den beiden Planungen wurden in einer Finanztabelle aufgezeigt. Mit einem Fact-Sheet wurden die Mitglieder des Politikerteams darüber informiert, welche Konsequenzen die im Voranschlag 2020 tiefer ausfallenden finanziellen Mittel für die Erreichung der Ziele der Trägerorganisationen haben würden. Im Newsletter für die Herbstsession erschienen eine Information über die Ausgangslage zur Budgetberatung sowie ein Editorial von Ständerätin Anita Fetz zum Thema der BFI-Finanzierung. Im Newsletter für die Wintersession berichtete das Netzwerk FUTURE über die vorliegenden Anträge der Finanzkommissionen beider Kammern. Zudem waren darin Abstimmungsempfehlungen zum Voranschlag 2020 aufgeführt und Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel appellierte in ihrem Editorial an die Weitsicht des Parlaments bei der Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz.

4.4

Tierversuche

Im März 2019 wurde die Volksinitiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen eingereicht. Die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen swissuniversities und der Schweizerische Nationalfonds lehnen die Initiative ab, da eine Annahme des Volksbegehrens Fortschritt, Innovation und Bildung in Life Sciences und Biotechnologie in der Schweiz gefährden würde. In der Herbstsession beriet der Nationalrat ausserdem über die Parlamentarische Initiative «Für ein Verbot von schwerbelastenden Tierversuchen». Diese beantragte eine Anpassung des Tierschutzgesetzes, wonach Tierversuche des höchsten Schweregrades 3 in der Schweiz untersagt wären. Die grosse Kammer lehnte den Vorstoss ab.



Auf Konsequenzen von Verboten aufmerksam gemacht

Das Netzwerk FUTURE beteiligte sich im Jahr 2019 an den Diskussionen zu den aktuellen politischen Geschäften im Themenkreis der Tierversuche und koordinierte den Informationsaustausch zwischen den Akteuren aus dem BFI-Bereich, Wirtschaft und Gesellschaft. Im März 2019 veröffentlichte das Netzwerk FUTURE in einem elektronischen Newsmail und auf der Website einen Meinungsbeitrag des damaligen Präsidenten von swissuniversities, Michael O. Hengartner. Im Newsletter der Herbstsession 2019 informierte es die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die aktuellen Regeln für den Einsatz von Tieren in der Forschung und machte auf mögliche Konsequenzen der Volksinitiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen sowie der Parlamentarischen Initiative «Für ein Verbot von schwerbelastenden Tierversuchen» aufmerksam.

In der Herbstsession 2019 lehnte der Nationalrat die Parlamentarische Initiative «Für ein Verbot von schwerbelastenden Tierversuchen» mit 114 zu 60 Stimmen ab.

Das eidgenössische Parlament befasst sich im Jahr 2020 mit der Volksinitiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen.

4.5

Pilotversuche mit Cannabis

Ende Februar 2019 überwies der Bundesrat eine Botschaft zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes an das Parlament. Durch die Einführung eines Pilotversuchsartikels soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um zeitlich begrenzte wissenschaftliche Studien über eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken zu ermöglichen. Die Schweizer Hochschulen begrüssen dieses Vorhaben. Sie sind der Überzeugung, dass wissenschaftliche Ergebnisse über den Konsum von Betäubungsmitteln den politischen Entscheidungsträgern von Nutzen sein können, um faktenbasiert über Regulierungen entscheiden zu können.

Nach der Detailberatung beantragte die zuständige Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) ihrem Rat Nichteintreten auf die Vorlage. In der Wintersession 2019 lehnte die grosse Kammer diesen Antrag ab und beschloss, auf die Vorlage einzutreten. Im Jahr 2020 beraten die eidgenössischen Räte die Inhalte der Botschaft.



Argumente für Gesetzes- änderung eingebracht

Das Netzwerk FUTURE beobachtete den parlamentarischen Prozess der Gesetzesänderung und berichtete auf der Webseite und den monatlichen Newsmails laufend über den Fortschritt der Beratung. Im Newsletter für die Wintersession 2019 informierte das Netzwerk FUTURE die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über Inhalt und Sinn der Anpassung des Betäubungsmittelgesetzes sowie über die unterstützende Haltung der Schweizer Hochschulen. Es wurden Argumente für das Eintreten auf die Gesetzesänderung eingebracht.

4.6

URG-Revision

In Jahr 2019 schloss das eidgenössische Parlament die bereits im Vorjahr aufgenommene Beratung der Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) ab. Das neue Gesetz enthält unter anderem verschiedene Anpassungen, welche die Nutzung von wissenschaftlichen Informationen vereinfachen. In Ergänzung zu bestehenden Vereinfachungen beantragte eine Minderheit der WBK-S mittels einer Anpassung im Obligationenrecht die Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts für wissenschaftliche Publikationen, die mit öffentlichen finanziellen Mitteln ermöglicht wurden. Der Minderheitsantrag scheiterte in der Sommersession im Ständerat.



Handlungsbedarf für nationale Open-Access-Strategie

Das Netzwerk FUTURE setzte im 2019 die Koordinations- und Informationsarbeit zur URG-Revision, die bereits im Jahr 2018 aufgenommen wurden, fort. Es unterstützte die Koordination der Argumente von Hochschulen, Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung und Bibliotheken und informierten die Partner laufend über den Zeitplan für die Behandlung der URG-Revision. Zudem informierte das Netzwerk FUTURE die Mitglieder des Politikerteams über die Notwendigkeit eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts für die Umsetzung der nationalen Open-Access-Strategie und berichtete in den Sessionsberichten über die Entscheide des Parlaments.





Quantitative Bilanz: die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen

Publishing

Zusätzlich zu den in der qualitativen Bilanz präsentierten Dokumenten hat das Netzwerk FUTURE im Jahr 2019 folgende Publikationen verfasst und herausgegeben:

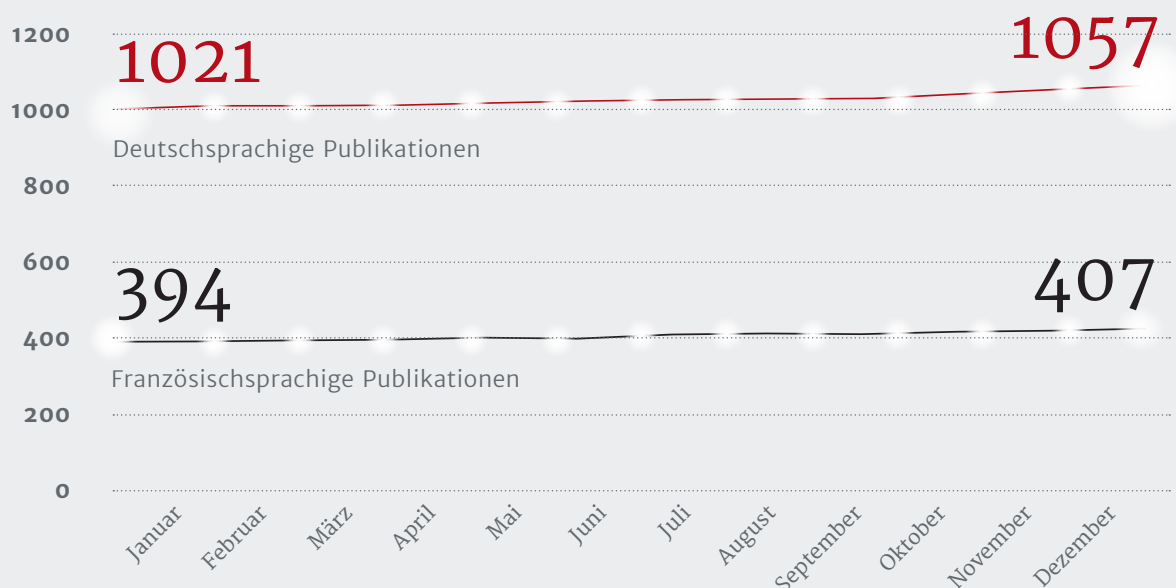
- 4 Print-Newsletter, von je drei Seiten, mit je einem Editorial, verschiedenen Artikeln über aktuelle Themen aus dem BFI-Bereich sowie Kurznachrichten.
- 10 elektronische Newsmails, mit Infografiken, Meinungsbeiträgen, den Nachrichten des Monats, Hinweisen auf neue Publikationen sowie einer Vorschau auf wichtige Termine.
- 4 Sessionsprogramme in elektronischer Form, mit den Terminen der für den BFI-Bereich relevanten parlamentarischen Geschäfte, die in den eidgenössischen Räten beraten wurden.

- 4 Sessionsberichte in elektronischer Form, mit Zusammenfassungen der Entwicklungen in den Geschäften, die für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation relevant sind. Enthalten sind zudem, Übersichten über neu eingereichte und vom Bundesrat beantwortete Vorstösse.

Alle Publikationen sind in deutscher und französischer Sprache verfügbar.

Per 31. Dezember 2019 hatten 1'464 Personen die elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE abonniert – 1'057 in deutscher und 407 in französischer Sprache. Die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten stieg im Laufe des Jahres 2019 weiterhin leicht an. Die einmalige Öffnungsrate der elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE lag im Jahr 2019 durchschnittlich bei 37,3%.

Entwicklung der Abonnentenzahlen der Publikationen des Netzwerks FUTURE im 2019



Monitoring und Webpublishing

Das Netzwerk FUTURE überwacht die tägliche Berichterstattung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Im Jahr 2019 wurde insgesamt in 110 News-Beiträgen über Aktualitäten informiert. Sämtliche News wurden von der Geschäftsstelle in Deutsch und Französisch verfasst und online publiziert. Die Anzahl der News-Beiträge ist somit im Vergleich zum Vorjahr 2018 (92 News-Beiträge) leicht angestiegen.

Diese Aktualitäten werden laufend auf der Webseite des Netzwerks FUTURE (www.netzwerk-future.ch) veröffentlicht. Im Jahr 2019 wurde die Webseite von insgesamt rund 2'500 verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern aufgerufen. Diese Zahl ist tiefer als noch in den Vorjahren: Im Jahr 2018 wurden rund 3'000 verschiedene Besucherinnen und Besucher registriert.

Die aktuellen politischen Geschäfte wurden zudem in einer Monitoring-Liste im Excel-Format zusammengetragen. Im Jahr 2019 konzentrierte das Netzwerk FUTURE sein Monitoring auf die folgenden Themenkreise:

- Digitalisierung,
- Schweizer Europapolitik und Begrenzungsinitiative,
- Voranschlag 2020,
- Artikel im Betäubungsmittelgesetz für Pilotversuche mit Cannabis,
- Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG-Revision),
- verschiedene politische Vorstösse im Kontext der BFI-Botschaft 2021-2024
- sowie diverse Vorstösse aus den eidgenössischen Räten, die weitere Anliegen im BFI-Bereich thematisierten.

Sitzungen

Der Ausschuss des Netzwerks FUTURE traf sich im Laufe des Jahres 2019 anlässlich von 5 Sitzungen:

- am 16. Januar,
- am 5. März,
- am 25. Juni,
- am 5. September
- und am 4. Dezember.

Die Mitglieder des FUTURE-Ausschusses tauschten sich zudem am 6. Februar, am 28. Mai und am 20. August 2019 im Rahmen eines Runden BFI-Tischs mit Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen der Berufsbildung und sowie der Weiterbildung aus. Ziel der Sitzungen war die Diskussion der inhaltlichen Prioritäten der einzelnen Organisationen für die BFI-Periode 2021-2024 sowie die Analyse gemeinsamer Themenbereiche.

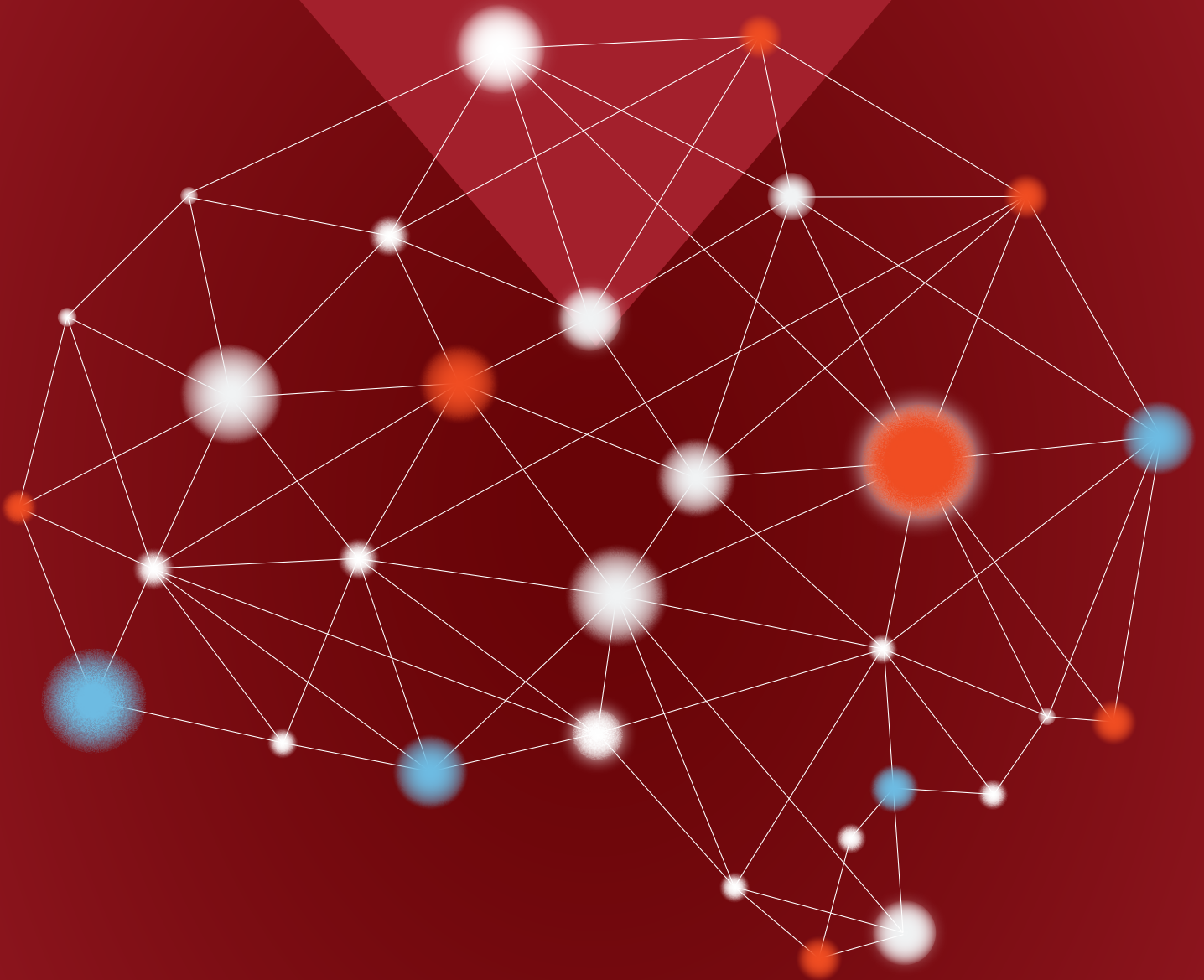
Im Jahr 2019 tauschten sich die Koordinatorin und die Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE mit einer Reihe weiterer Akteure und Organisationen über aktuelle Themen im BFI-Bereich aus. Neben Partnerorganisationen aus Hochschulen, Forschung und Innovation zählen dazu Vertreterinnen und Vertreter des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie von weiteren Bundesdepartementen, Vertretende von Bibliotheken, Kantonen, Wirtschaftsverbänden und verbündeten Interessengruppen sowie auch Parteisekretärinnen und Parteisekretäre. Darüber hinaus pflegte die Koordinatorin einen permanenten Austausch mit SwissCore sowie der Schweizer Mission in Brüssel.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2020

Münstergasse 64/66
3011 Bern
T 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch



future
wissenschaft & politik